

16.12.2022

## Kleine Anfrage 909

der Abgeordneten Anja Butschkau SPD

### **Dortmunder Kleingartenverein aufgrund steigender Energiekosten in Existenznot – was tut die Landesregierung?**

Am 14.12.2022 berichtete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), dass sich der Kleingartenverein Hafenwiese e.V. in Dortmund aufgrund der gestiegenen Energiekosten in Existenznot sieht. Man befürchte, im nächsten Jahr in die Zahlungsunfähigkeit zu gleiten<sup>1</sup>. Demnach würden die Energiekosten im kommenden Jahr von 14.000 Euro auf 42.000 Euro steigen. Die Abschläge müsse der Verein zunächst vorstrecken, zukünftig werde man die Energiekosten allerdings nicht mehr jährlich, sondern monatlich mit den Mitgliedern/Gartenpächterinnen und -pächter abrechnen. 45 Mitglieder/Pächterinnen und Pächter könnten sich jedoch die steigenden Kosten nicht leisten. Sie könnten nur in Raten zahlen.

Kleingärten sind Orte des sozialen Miteinanders, des Umweltschutzes und grüne Oasen in den Städten, die positive Auswirkungen auf das Mikroklima und die Biodiversität vor Ort haben. Nicht umsonst haben Kleingärten Verfassungsrang in Nordrhein-Westfalen. So lautet der Artikel 29 Absatz 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen: „Die Kleinsiedlung und das Kleingartenwesen sind zu fördern.“ Kleingartenvereine sollen gerade Menschen mit niedrigem Einkommen ermöglichen, ein eigenes Gartenstück zum Zwecke der Selbstversorgung und Erholung zu bewirtschaften. Durch steigende Kosten wird dies für Menschen mit niedrigen Einkommen jedoch immer unerschwinglicher. Besagter Kleingartenverein Hafenwiese liegt in der Nordstadt, der Dortmunder Stadtbezirk mit der mit Abstand höchsten Armutsquote und der höchsten Bevölkerungsdichte. Gerade hier erfüllen Kleingärten eine umso wichtigere soziale und ökologische Funktion.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die steigenden Energiekosten für Kleingartenvereine und ihre Mitglieder existenzbedrohend sein können?
2. Wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen Kleingartenvereine oder einzelne Mitglieder steigende Energiekosten nicht mehr finanzieren können?

---

<sup>1</sup> vgl. Dagobert Ernst: „Strompreis bringt Kleingärtner in Existenznot“ In: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.12.2022. Abgedruckt auch im Pressespiegel des Landtags NRW vom 14.12.2022, S. 37f.

3. Wie steht die Landesregierung hierzu im Austausch mit den Kleingartenverbänden auf Landesebene? (Bitte auf Formate und Zeitpunkte bereits erfolgten und geplanten Austauschs eingehen.)
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um Gartenvereine und Gartenpächterinnen und -pächter, die aufgrund steigender Energiekosten in Not geraten, zu unterstützen?
5. Welches Ministerium ist hierfür zuständig?

Anja Butschkau